Bezugspreis: Vorausbezahlung in Neuenbürg M 320 000. Durch die Post für Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr M 320 000 mit Postbestellgebühr.
Preise freibleibend, Nachforderung vorbehalten. Für Fälle von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Amtsstellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger entgegen.
Postscheck-Konto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

# Der Enztäler.

## Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bez. 30 000.-- M, auswärts, beide ohne 35 000.-- M einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunftserteilung 10 000 Mk. Reklame-Zeile 90 000 M.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 197 | Neuenbürg, Freitag, den 24. August 1923. | 81. Jahrgang.

## Deutschland.

**Berlin**, 23. Aug. In der Groß-Berliner Industrie ist zum 1. September etwa 30 000 Arbeitern gekündigt worden. Weitere Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen werden vom 15. September vorbehalten, nachdem das Steigen der deutschen Preise die Ausfuhr ins Stocken gebracht hat.

**Die Einzelheiten der bayerischen Versorgungsmaßnahmen.**

**München**, 23. Aug. Das Ergebnis der Beratungen zwischen den Koalitionsparteien und den Ministern ist ein Aufruf der bayerischen Regierung, in dem die Regierung im Einzelnen folgende Maßnahmen bekannt gibt: Zur weiteren Sicherung der Brot- und Mehlversorgung werden die Restbestände an Getreide aus der Ernte 1922 unverzüglich der Verarbeitung und dem Verbrauch zugeführt. Die neue Brotgetreideernte wird in bestimmten Zeiträumen zu den Tagespreisen in den öffentlichen Verkehr gebracht. Wertbeständige Anleihen des Reichs und anderer Körperschaften ermöglichen den Landwirten die Anlage des Erlöses ohne Gefahr der Wertminderung. Für Mühlen und Lagerhäuser wird die Auskunftspflicht über Getreide- und Mehlbestände eingeführt. Handel und Genossenschaften werden aufgefordert, wie bisher in erster Linie den bayerischen Bedarf zu decken. Für die Kartoffelversorgung ist reichliche Zufuhr vom In- und Ausland gesichert. Die Wiedereinführung des Frachtbriefzwangs für Kartoffeln steht bevor. Für die Vieh- und Fleischversorgung wird eine Versand- und Verbrauchs-Kontrolle eingeführt. Der Handel wird von allen unzuverlässigen unzuverlässigen Persönlichkeiten gereinigt. Rotgeld wird so zahlreich ausgegeben, daß die Geldknappheit behoben ist. Diese Maßnahmen sind aus der praktischen Erfahrung geschöpft und könnten auch in Württemberg nachgeahmt werden.

**Diktatorische Maßnahmen.**

**Berlin, 23. Aug. Ueber die Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler berichtet der „Vorwärts" u. a. noch folgendes: Von der Sozialdemokratie waren anwesend die Genossen Wels, Löbe und Hertz, von der Reichsregierung Reichskanzler Dr. Stresemann, Finanzminister Hilferding und Wirtschaftsminister v. Raumer. Reichskanzler und Finanzminister schilderten die gegenwärtige politische Situation, besonders die traurige Finanzlage des Reichs. Es sei die Absicht der Reichsregierung, alles zu tun, was wirtschaftlich und finanziell eine Erleichterung zeitigen könnte. Die Regierung sei sich bewußt, daß sie das letzte verfassungsmäßige Kabinett sei; versage dieses, dann gebe es nur noch Gewalt. Sie werde deshalb gegebenenfalls vor diktatorischen Mitteln, die zur Rettung Deutschlands führen könnten, nicht zurückschrecken. Jeder Vermögenssteuerpflichtige werde verpflichtet, gegen Goldanleihe Devisen abzuliefern. Wer keine Devisen habe, könne in Papiermark zeichnen. Die eidesstattliche Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes, Beteiligung an ausländischen Unternehmungen, ausländischen Effekten und Noten werde in Zweifelsfällen ersetzt werden müssen durch den Eid. Für falsche Angaben oder Verschweigungen seien die für Meineid geltenden Strafen in Aussicht genommen, außerdem Konfiskation des Vermögens. Die Maßnahmen sollen rasch durchgeführt werden. Die verschiedenen Parteiführer billigten die Maßnahmen der Regierung in vollem Umfang. Sie billigten insbesondere, daß die Erfassung der Devisen vorgenommen werde auf Grund des § 48 der Reichsverfassung ohne langwierige Beratungen im Parlament. Die sozialdemokratischen Vertreter betonten, von vornherein dürfe kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Verordnung unter allen Umständen schärfstens durchgeführt wird. Auch die Frage der Reichsbankleitung spielte in der Debatte eine Rolle. Hier ist in kürzester Frist eine Entscheidung der Reichsregierung zu erwarten, die den bisherigen Zustand, daß die Reichsbankleitung die Maßnahmen der Reichsregierung durchkreuzt, sowohl in personeller wie in sachlicher Beziehung durchgreifend ändert.**

**Ein neuer Schlag gegen das Deutschtum in Polen.**

**Danzig**, 23. Aug. Wie aus Posen gemeldet wird, ist der Auflösung des Deutschtumbundes ein neuer Schlag gegen das Deutschtum in Polen gefolgt. Am Samstag wurde dem Vorstand des Hauptvereins des Deutschen Bauernvereins in Posen amtlich mitgeteilt, daß der Verein aufgelöst sei, weil nach polnischen Angaben die Durchsicht der bei der Haussuchung mitgenommenen Papiere die Identität des Hauptvereins mit dem Deutschtumbund ergeben hätte. Es ist selbstverständlich, daß alle Schritte getan werden, damit die Vereine ihre Tätigkeit bald wieder aufnehmen können.

## Ausland.

**Washington**, 23. Aug. Präsident Coolidge äußerte erneut seine Abneigung, in die europäischen Verhältnisse vor Lösung der Reparationsfrage einzugreifen.

**Kein Centime wird nachgelassen!**

**Paris**, 23. Aug. Der Anhang zur französischen Antwortnote an England beginnt mit der Zurückweisung des Vorwurfes, daß Frankreich die englischen Zugeständnisse nicht berücksichtige. Bis jetzt habe man in Frankreich nichts davon bemerkt, daß England sich bemühe, der französischen Auffassung über die Durchführung des Versailler Vertrages näher zu kommen. Trotzdem sei man beiderseits überzeugt, daß guter Wille zur Verständigung führen müsse. Nicht nur die Einigkeit zwischen Frankreich und England gelte es zu wahren, sondern auch die Rechte der Reparationskommission zu sichern. Weiter sei die schon hundertmal erklärte Entschlossenheit Frankreichs zu respektieren, auf keinen Centim der französischen Forderungen zu verzichten. Diese Forderungen seien geheiligt und mit keiner anderen Forderung zu vergleichen. Weiter komme hinzu die Entschlossenheit Frankreichs, das Ruhrpfand erst nach völliger Bezahlung der Reparationsschuld herauszugeben. Die englische Antwort auf die deutsche Note vom 7. Juni trage wesentlichen Forderungen Frankreichs nicht Rechnung. Hinsichtlich der Veröffentlichung des Meinungsaustausches zwischen Frankreich und England wird die Schuld ebenfalls England zugeschoben. Die französische Regierung begreift speziell den englischen Standpunkt nicht hinsichtlich der deutschen Zahlungsfähigkeit. Nach dem Willen Deutschlands ist diese gleich Null. Jede Untersuchung durch Sachverständige ist zwecklos. Wünscht England, daß die Schulden Deutschlands aufgehoben werden unter dem Vorwand, daß seine Zahlungsfähigkeit auf Null gesunken ist? Die deutsche Produktionsfähigkeit ist stärker als je. Es handelt sich nur darum, daß der Wille Deutschlands die Produktionsfähigkeit in Zahlungsfähigkeit umwandelt.

Am guten Willen Deutschlands hat es nie gefehlt. Das beweisen seine Bar- und Sachleistungen. Aber Frankreich will mehr als Leistungen irgend welcher Art: Es will die Aufrichtung einer europäischen Vormachtstellung, welche nur möglich ist auf einem in den Staub getretenen Deutschland. Aus diesem Grunde werden wir Leidenszuständen überantwortet, welche die Gefahr von Verzweiflungsausbrüchen heraufbeschwören.

**Französische Lockungen an England.**

**Paris**, 22. Aug. Seinen der Besprechung der französischen Note gewidmeten Leitartikel überschreibt der „Temps", „Frankreich hält die Entente aufrecht" und sagt dann u. a. folgendes: Die englische Note vom 11. August hatte sicherlich Frankreich nicht geschont. Poincaré mußte darauf antworten; aber er hat den Ton der englischen Note nicht nachahmen wollen. Deshalb hat er in zwei getrennten Dokumenten geantwortet. Der Anhang wendet sich gegen die Beweisführung Curzons und widerlegt sie nacheinander in kräftiger Weise. Der erste Teil der Note wendet sich an die englische Regierung und an das englische Volk, das der Verbündete Frankreichs gewesen ist. Dieser Teil spricht zu ihm mit dem Ernst eines Freundes, der sich nichts vorzuwerfen hat. So wünscht sich der Chef der französischen Regierung in einem Augenblick die Entente zu retten, in dem sie in Gefahr schwebt. Wenn andere diese Entente brechen wollten, so möchten sie allein die Verantwortung übernehmen. Das Blatt weist dann darauf hin, daß die englische Note zwei deutliche Drohungen enthalte: eine mit der Separataktion und eine andere mit dem Verlangen von Frankreich, mit der Schuldenzahlung zu beginnen. Frankreich sei durch die diplomatischen und finanziellen Blitze, die man gegen es schleudere, durchaus nicht eingeschüchtert. Seine Antwort beweise, daß es seine Kaltblütigkeit und seine Festigkeit sich bewahrt habe. Frankreich antworte nicht mit ähnlichen Drohungen, sondern es verlange nur mit Rücksicht auf seine Verpflichtungen, daß man seine Rechte achte. Daher halte die französische Note die Hauptgrundlagen aufrecht, die die französische Regierung schon bei wiederholten Gelegenheiten formuliert habe. Aber das sei nur die äußere Fassade des Gebäudes. Wenn die Gegner Frankreichs, müde der unfruchtbaren Streitigkeiten, sich dazu entschließen würden, die Tür zu durchschreiten, die noch immer offen bleibe, dann würde das die Solidarität der Grundsätze bedeuten, von der der „Temps" schon gestern gesprochen habe. Die deutsche Schuld sei ungefähr festgesetzt. — Die Besetzung des Ruhrgebiets werde sich ändern, wenn der passive deutsche Widerstand aufgehört habe. Für die Bezahlung der Reparationen sehe Frankreich die vernünftigsten Zahlungsmodalitäten vor und es handle sich nur noch darum, zu wissen, ob England dies annehme oder nicht. Das seien die konstruktiven Gedanken, auf denen die Haltung der französischen Note beruhe. Es bleibe nur noch ein modus procedendi zu suchen, um sie ins Werk zu setzen. Auch dafür bringe Poincaré einen Vorschlag: Beweisführung der interalliierten Besprechungen unter gewissen Bedingungen und nach gewissen Methoden. Die Bedingungen seien: Kein Moratorium ohne Verpflichtungen und Pfänder, keine deutsch-französische Solidarität für die Zahlungen, die an England zu leisten sind, keine vollständige Aufgabe der Obligationen der Serie C ohne vorherige Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten, keine Bezahlung der interalliierten Schulden vor der Befriedigung der Reparationen. Die Methoden beständen zunächst darin, erstens für die weiteren Verhandlungen keine übertriebene Oeffentlichkeit, die Frankreich niemals gewünscht habe, und zweitens in der Achtung der Rechte der Reparationskommission, sowie drittens in der Ueberwindung der Schwierigkeiten, indem man sich so rasch wie möglich über die Zahlung der deutschen Schuld verständige, die dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete entspricht, und die Regelung der übrigen Probleme auf einen späteren Zeitraum verschiebt. Diese Anregung liege jetzt der englischen Regierung vor. Außerdem erhalte sich noch die belgische Antwort, die gleichfalls praktische Vorschläge enthalte. Man erwarte die englische Note mit Interesse. Das „Journal des Debats" meint, es sei verwunderlich, daß wenn man die Note bis zum Schluß gelesen habe, man finde, daß sie absolut nichts Neues enthalte. Schuld daran ist nach der Meinung des Blattes die englische Regierung, die bisher noch keinen ernstlichen Plan unterbreitet habe, dafür aber eine ganze Reihe ins einzelne gehender Beweisführungen vorgebracht habe, die eine Widerlegung herausgefordert hätten und dieser Widerlegung scheine Poincaré seine ganze Anstrengung gewidmet zu haben.

**Der Widerhall der französischen Note.**

Aus London läßt sich die „Voss. Zeitung" über den Eindruck der französischen Antwort berichten, in unterrichteten politischen Kreisen sei man der Auffassung, daß der Poincarésche Zahlungsplan zwar in der vorliegenden Fassung für die englische Regierung noch nicht annehmbar sei, daß aber die französischen Vorschläge eine gründliche Prüfung verdienten und als Ausgangspunkt für weitere interalliierte Besprechungen dienen könnten. Wenn so eine Annäherung des englischen und des französischen Standpunktes auf finanztechnischem Gebiete ermöglicht würde, so werde sogar eine Besprechung zwischen Baldwin und Poincaré zur Beseitigung der letzten noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten wahrscheinlich. Der Korrespondent glaubt, den Gesamteindruck der englischen öffentlichen Meinung dahin zusammenfassen zu können, daß die Antwort zweifellos der interalliierten Konferenz über die Reparations- und Schuldenfrage den Weg geebnet hätte. „Pall Mall Gazette" freilich meint — und zwar beruft sie sich auf die höchst autorativen Stellen — daß die Annahme des Poincaréschen Reparationsplanes durch die englische Regierung sehr unwahrscheinlich sei. Die englische Regierung werde auf der Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit bestehen. Der „Manchester Guardian" erzählt in diesem Zusammenhang, die englische Note habe Frankreich gewarnt, zu weit zu gehen, da sonst seine Beziehungen zu England gefährdet würden. Hierunter sei vor allem die rheinische Frage zu verstehen. Ohne die englische Note wäre es höchst wahrscheinlich gewesen, daß Frankreich über kurz oder lang die Rheinische Republik hätte ausrufen lassen. Auch in Berlin gibt es Stimmen, die aus der Poincaréschen neuesten Note einen leisen Hoffnungsschimmer aufglimmen sehen. So schreibt z. B. der „Vorwärts": Die Note bedeutet zwar noch keinen Ausweg, aber vielleicht doch den ersten Versuch zu einer Entwicklung, welche über eine englisch-französische oder aber über eine deutsch-französische Verständigung zur Liquidierung des Ruhrkrieges führt. Das „Berliner Tageblatt" aber resümiert sich: Zu der wünschenswerten Einigung kann man nicht durch die Tür gelangen, auf der die Nummer 25 (der allerneuesten französischen Note) steht.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Neuenbürg**, 23. Aug. (Zur Krisis im Zeitungsgewerbe.) In seiner gestrigen Sitzung hat der Vorstand des Vereins Württ. Zeitungsverleger beschlossen, seinen Mitgliedern dringend zu empfehlen, trotz der ungeheuren Steigerung der Preise aller zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Stoffe, besonders des Papiers, vor allem aber der Arbeitslöhne, mit allen Mitteln zu versuchen, das Weitererscheinen der Zeitungen zu ermöglichen. Es ist allerdings nötig, die Kurzarbeitszeit in den Zeitungsdruckereien anzusagen, auch werden Kündigungen mindestens von Teilen des Buchdruckpersonals in der Folge unvermeidlich sein. In der Erkenntnis, daß die Einstellung des Erscheinens der Zeitungen die denkbar höchste Gefahr für das öffentliche Wohl und für den Bestand von Reich und Staat sein müßte, wollen die württembergischen Zeitungsverleger für die Fortführung der Zeitungen jedes mögliche Opfer bringen.

## Württemberg.

**Freudenstadt**, 22. Aug. (Vom Rathaus.) Hier wird wegen der ernsten Zeitverhältnisse von einer öffentlichen Feier des Verfassungstages abgesehen. Mit einer in die Milliarden gehenden Ausgabe werden von der Stadt 8—12 000 Zentner Kartoffeln beschafft. Auch hat die Stadt wieder 300 Zentner Mehl (50 Sack Weißmehl und 100 Sack Brotmehl, den Sack zu 7,5 Millionen Mark) gekauft. Wegen diesen Erwerbungen wird der Einkauf von Baumaterialien zu zwei neuen Wohnhäusern noch zurückgestellt. Die Stadt ist dem Arbeitgeberverband wieder beigetreten. Der Anteil der Stadtgemeinde an der Fremdenwohnsteuer betrug vom Mai bis Anfangs August 150 Millionen Mark. Nach dem neuen Multiplikator berechnet sich der Anteil täglich auf 18 Millionen Mark.

**Stuttgart**, 23. Aug. (Zur letzten Ruhe.) Der ermordete Polizeioberwachtmeister Lahnstein wurde gestern auf dem Pragfriedhof beerdigt. Unter den Klängen des Beethovenschen Trauermarsches, mit dem die Musikkapelle der Schutzmannschaft ihrem toten Kameraden die letzte Ehre erwies, geleitete, wie das Neue Tagblatt berichtet, ein stattlicher Trauerzug den in treuer Pflichterfüllung gefallenen Beamten zur letzten Ruhestätte. Schon durch die große Trauerversammlung kam die allgemeine Wertschätzung und Beliebtheit, deren sich der so jäh aus dem Leben Geschiedene in seinem Bekanntenkreise wie bei seinen Vorgesetzten und Kollegen erfreuen konnte, zum Ausdruck. Kränze wurden niedergelegt von Polizeipräsident Klaiber im Namen des Württ. Polizeipräsidiums, von Pol.-Hauptmann Heid im Namen des Kommandos der Stuttgarter Schutzmannschaft, von Polizei-Oberkommissar Vogl im Namen der Dienststelle „Wald-Feld", von Polizei-Kommissar Rieg im Namen des 2. Polizei-Distrikts und von Polizeiwachtmeister Frank im Namen des Landesverbands der Polizeibeamten, Ortsgruppe Stuttgart (Schutzmannschaft).

**Stuttgart**, 23. Aug. (Neue Ausgewiesene.) Am Mittwoch mittag trafen mit Sonderzug von Darmstadt kommend weitere 60 Eisenbahnerfamilien (rund 240 Köpfe), die aus der Gegend von Mainz vertrieben wurden, hier ein. Bei einem im Wartesaal gereichten Essen wurden sie in der üblichen Weise namens der Regierung von Major a. D. Wirth, namens der Reichsbahndirektion von Direktor Weber begrüßt. Eine vom Bahnhofpublikum spontan durchgeführte Sammlung ergab über 10 Millionen Mark zugunsten des Unterstützungsfonds für die Ausgewiesenen. Die Angehörigen dieses 7. Transports sollen im Oberland, in der Gegend von Ulm, untergebracht werden.

**Stuttgart**, 23. Aug. (Millionenfleischpreise.) Von Freitag, den 24. ab, gelten folgende Fleischpreise: Ochsen- und Rindfleisch 1. eine Million, 2. 900 000 Mark, Kalb-, Schweine- und Hammelfleisch je 1 Million das Pfund, Kuhfleisch 1. 760 000 bis 800 000 Mark, 2. 660 000 bis 700 000 Mark, Schaffleisch 600—840 000 Mark.

**Tübingen**, 23. Aug. (Schwerer Verlust.) Ein Dienstmädchen namens Helene Steinle aus Balingen, das seit 14 Tagen zu Hause auf Besuch zur Erholung weilt, wollte mit ihrem Bräutigam einen Ausflug auf den Lichtenstein machen und in Reutlingen Einkäufe besorgen. Bei der Bahnsperre in Tübingen bemerkte die Steinle den Verlust ihres Handtäschchens mit 173 Schweizer Franken, Taschentuch und Handschuhen. Der Verlust ging ihr so zu Herzen, daß sie ohnmächtig zusammenbrach. Das Täschchen ist zweifellos entwendet worden. Das

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

arme Mädchen hatte es im Zug neben sich liegen und beim Aussteigen vergessen.

**Hundersingen** OA. Münsingen, 23. Aug. (Unglücklicher Schuß.) Der verheiratete hier wohnhafte Hermann Sautter schoß den von hier gebürtigen Arbeiter Paul Weiler in den Unterleib, als er diesem einen Revolver zeigen wollte. Man wollte den Verletzten ins Lazarett nach dem Truppenübungsplatz verbringen, er verstarb aber schon auf dem Transport. Weiler war 25 Jahre alt, Kriegsinvalide und stand vom Frühjahr 1917 bis zu seiner schweren Verwundung im Sommer 1918 im Feld.

## Baden.

**Pforzheim**, 23. Aug. Vor dem Arbeitsministerium in Karlsruhe fanden gestern die schon angekündigten Verhandlungen im Schmuckgewerbe statt. Die Parteien einigten sich dahin, daß ein besonderer Schlichtungsausschuß mit einem unparteiischen Vorsitzenden eingesetzt wurde, der vom Arbeitsministerium bestellt wurde. Nach etwa neunstündigen Verhandlungen in diesem Schlichtungsausschuß kam ein Schiedsspruch über 68 Prozent Lohnerhöhung für die Zeit vom 18. bis 24. August zustande. Der Arbeitgeberverband hält heute vormittag Sitzung ab. Am Nachmittag findet nach Feierabend eine Vertrauensmännerversammlung der verschiedenen Gewerkschaften statt, in der über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs entschieden werden soll. Morgen vormittag ist dann noch eine Urabstimmung unter den Arbeitern in den Fabriken. — Bei den gestrigen Verhandlungen wurde unter anderem von Arbeitgeberseite mitgeteilt, daß die Arbeitgeber den letzten Schiedsspruch des Pforzheimer Schlichtungsausschusses, der 245 Prozent Lohnerhöhung brachte, angenommen und die Mitglieder zur Auszahlung angewiesen hätten. Die jetzige Lohnerhöhung um 68 Prozent erfolgt also auf die um 245 Prozent erhöhten Löhne. Nach dem Obigen würde sich der Mindest-Spitzenlohn eines Goldarbeiters jetzt stündlich auf 565.300 Mark stellen.

**Freiburg**, 21. Aug. Allgemein hört man Klagen über die Hamstertätigkeit sogenannter Kurgäste, die sich in den entlegeneren Ortschaften des Bezirks Freiburg in diesem Sommer zahlreicher als je eingenistet haben. Sie scheinen bis auf wenige Ausnahmen alle reichlich mit Geldmitteln versehen zu sein, denn auf ihren Hamsterfahrten von Dorf zu Dorf und von Bauernhof zu Bauernhof bieten sie für Butter, Eier und Speck Phantasiepreise. Es wäre wirklich an der Zeit, diesen Herrschaften das Handwerk zu legen, oder sie, wie es in Badenweiler oder anderen größeren Kurorten angedroht ist, bei nachgewiesener Hamsterei auszuweisen. Auch aus dem Bezirk Neustadt hört man, daß die „Kurgäste" massenhaft auf Hamsterfahrten ziehen.

**Radolfzell**, 22. Aug. Anläßlich der Verfassungsfeier war verlangt worden, daß die Stadtmusik das Deutschlandlied spielen sollte, was aber von ihr abgelehnt wurde. Die „Freie Stimme", die über das Verhalten der Stadtkapelle berichtete, belegte dabei diese mit der Titulation „Musikanten", was von der Stadtkapelle als eine Herabwürdigung angesehen wurde. Die Mitglieder der Kapelle sind in den Streik getreten und wollen darin so lange verharren, bis die ungebührliche Bezeichnung zurückgenommen und der Kapelle Genugtuung gegeben ist. (Es muß doch eigentümlich berühren, wenn bei der Verfassungsfeier der Republik die Stadtkapelle sich weigert, das Nationallied der Republik zu spielen. Eine solche Ungehörigkeit verdient in der richtigen Weise gebrandmarkt zu werden.)

## Vermischtes.

**Münchener Bierpreis.** Das Liter Bier kostet ab 22. August in München: Vollbier 205.800, Exportbier 264.600, Märzenbier 309.000. Die Preise für Flaschenbier erhöhen sich um 10 Proz.

**Ein Betrüger als Kriminalbeamter.** Dieser Tage erschien in der Wohnung eines Postbeamten in der Lindwurmstraße in München ein Mann, der sich als Kriminalbeamter vorstellte, eine Haussuchung vornahm und außer 2 Millionen Mark Bargeld Gegenstände im Werte von einer halben Milliarde Mark „beschlagnahmte". Später erwies es sich, daß es sich um einen Betrüger handelte, der fälschlicherweise als Kriminalbeamter aufgetreten war. Er konnte noch nicht verhaftet werden.

**Ein ganzes Kornfeld gestohlen.** Auf dem Kornfelde eines Gutsbesitzers bei Döbeln erschienen mehrere hundert Menschen, um den in Garben stehenden Roggen zu stehlen. Die Diebe, die meist aus Döbeln kamen, schnitten die Aehren ab oder verluden die vollen Garben in mitgebrachte Handwagen. Bei der Rückkehr der Felddiebe wurde ihnen von der inzwischen verständigten Döbelner Polizei ihre Beute zum großen Teil wieder abgenommen.

**Abgefaßte Viehschmuggler.** An der holländischen Grenze bei Cleve stellten zwei Grenzbeamte einen Viehtransport, der unter dem Schutz der Dunkelheit über die Grenze gebracht werden sollte. Da die Schmuggler auf den Anruf der Beamten hin zu entkommen suchten, machten diese von ihren Gewehren Gebrauch. Ein Holländer erhielt einen Lungenschuß und starb im Krankenhaus zu Villingen.

**Modernes Märchen.** Als es Abend wurde, kauerten sich die schwächlichen blassen Kinder im Kreise um die Mutter und baten: „Mutter, erzähle uns ein Märchen!" Und die Mutter erzählte: „Es war einmal ein Mann. Dem begegneten sieben andere. Die aber trugen eine viele Ellen lange Wurst . . ." — „Wurst?!" sagten die Kinder. „Mutter, was ist das?" — Die Mutter erklärte ihnen: „Wurst ist eine Rolle, aus Fleisch gepreßt . . ." — „Fleisch?!" sagten die Kinder. „Mutter, was ist das?" — Die Mutter seufzte. Dann fuhr sie fort: „Als der Mann weiter ging, kam er an einen Berg. Der war ganz von Zucker . . ." — „Zucker?!" sagten die Kinder. „Mutter, was ist das?" — Die Mutter suchte es ihnen deutlich zu machen. „Zukker ist etwas sehr Süßes . . ." — „Wir haben noch nie etwas sehr Süßes gehabt", staunten die schwächlichen blassen Kleinen. — Und die Mutter erzählte weiter: „Rings um den Berg floß ein mächtiger Strom. Der war ganz aus Milch . . ." — „Milch?!" sagten die Kinder. „Mutter, was ist das?" — „Das ist ein Trank" — verkündete sie ihnen mit leiser Stimme — „von dem man gesund und stark heranwächst . . ." — Die Kinder schwiegen. Und die Mutter erzählte weiter: „In dem Milchstrom aber schwammen lauter große, schöne, weiße Brote . . ." — „Brot!" riefen die Kinder und streckten die dünnen Aermchen empor. „Brot, Mutter, gib uns Brot!" — Da legte die Mutter ihr Haupt in die Hände und weinte bittere Tränen. Und die Kinder alle weinten mit. Denn was Tränen sind — das wissen sie — unsere armen deutschen Kinder von heute.

(Chemn. Tgbl.)

**Neue englische Schiffsgeschütze.** Aus Chatam wird mitgeteilt, daß die beiden im Bau befindlichen Ueberdreadnoughts, „Nelson" und „Rodney", mit neuen Kanonen von 400 Millimeter ausgestattet werden. Die Brücken werden von dreifachen Türmen einer ganz neuen Type getragen. Die Batterien sollen imstande sein, Granaten im Gewicht von 2500 Pfund abzufeuern. Man hebt hervor, daß von Amerika und Japan einige Schiffe 8 Kanonen dieses Kalibers besitzen, doch werden die englischen Kriegsschiffe die einzigen sein, die über 9 Kanonen von 400 Millimeter verfügen.

## Handel und Verkehr.

**Stuttgart**, 23. Aug. Dem Donnerstagmarkt waren zugeführt 88 Ochsen, 43 Bullen, 310 Jungbullen, 321 Jungrinder, 266 Kühe, 389 Kälber, 206 Schweine, 80 Schafe und 1 Ziege. Verkauft wurde alles. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Tausenden von Mark: Ochsen 1. 490—510 (am 21. 8. 470—480), 2. 430—480 (410 bis 450), Bullen 1. 460—480 (450—460), 2. 430—450 (420—440), Jungrinder 1. 495—512 (470—480), 2. 460 bis 480 (440—460), 3. 410—440 (400—420), Kühe 1. 430—450 (390—420), 2. 365—410 (350—370), 3. 305 bis 340 (290—320), Kälber 1. 585—600 (540—550), 2. 570—580 (520—530), 3. 540—560 (500—510), Schweine 1. 700 (650), 2. 685—690 (620—630). Verlauf des Marktes bei Schweinen lebhaft, bei Großvieh und Kälbern mäßig.

**Stuttgart**, 23. Aug. In der Markthalle kosteten heute: Zwetschgen 60—65 000 Mk., Eierpflaumen, gewöhnliche Pflaumen und Damaszener zwischen 50—70 000, türkische Kirschen bis zu 50 000, Aepfel 55—60 000, Birnen bis zu 80 000, Gaishirtle 85—90 000, Träuble 50 000, Bohnen 300—350 000, Kohlräble 50—60 000, Kopfsalat bis 35 000, Endiviensalat 50—70 000, Rote Rüben 70 000 Mark, Gelbe Rüben 180 000, Karotten 80 000, Salatgurken 60 bis 120 000, Essiggurken 1 Million für 100 Stück (!), Rettiche bis 45 000, Tomaten 300—350 000, Zwiebeln 120—130 000, Blumenkohl 250—300 000, Kehl 150 000, Kartoffeln 60 000, Tafelmargarine 950 000, Amerikanisches Schmalz 1,2 Mill. Mark, die Tafel-Kokosbutter 1 Million, Kunstspeisefett 850 000, Speck 1,2 Millionen, Limburger Käse 130 000 Mk., Münster Käse 140 000, Tilsiter 220 000, Edamer Käse 230 000 Mark je 100 Gramm, ein Ei 80—100 000 Mark, Butter gab es nicht.

**Vom Holzmarkt.** Seit kurzem macht sich am [illegible] markt große Geschäftslosigkeit bemerkbar. Selbst kleine [illegible] sätze sind nur mit Schwierigkeit zu erzielen. Die Einführung der neuen Steuern scheint die Unternehmungslust zu hemmen. Die Verbrauchsbetriebe, die wenig beschäftigt sind, haben infolgedessen keine Geldeingänge und können zu den Anforderungen des Holzhandels keine Stellung nehmen. Auch die neuen Frachterhöhungen dürften sich in der Holzwirtschaft [illegible] bemerkbar machen, als zu gleicher Zeit mit außerordentlichen Steigerungen der Goldzuschläge gerechnet werden muß. Bessere Aussichten für den Holzmarkt werden einstweilen nicht erwartet.

## Neueste Nachrichten.

**Karlsruhe**, 23. Aug. Vor einigen Tagen wurde [illegible] hiesigen Rheinhafen ohne jede Ursache ein Sekretär der Kriminalpolizei Karlsruhe von den Franzosen verhaftet und [illegible] die Wache gebracht, später aber wieder freigelassen. Die Festnahme eines Polizeibeamten beruht anscheinend auf niedriger Denunziation eines gewissen Josef Müßle, Polizeidetektiv, wohnhaft Leopoldstraße 2, der sich bei der französischen Besatzung am Rheinhafen aufhält und Spitzeldienste verrichtet. Seine Ehefrau ist vor einiger Zeit wegen Betrugs verhaftet worden. Müßle richtete einen Brief an die Staatsanwaltschaft, worin er mit dem Einschreiten der Franzosen drohte, wenn seine Frau nicht freigelassen werde. Tatsächlich erschien auch bei der Staatsanwaltschaft ein [illegible] licher Delegierter der französischen Kommission in Straßburg und erklärte, daß der betreffende Kriminalsekretär wegen Festnahme der Ehefrau Müßle verhaftet worden sei und [illegible] Schiff fortgebracht werde, falls die Freilassung dieser [illegible] zwischen nicht erfolge. Die Staatsanwaltschaft hat natürlich ein derartiges Ansinnen abgelehnt. Das gemeine Denunziantentum eines „Deutschen" wie Müßle verdient [illegible] Brandmarkung. Müßle wird übrigens wegen mehrfacher Straftaten ebenfalls gerichtlich verfolgt.

**Frankfurt a. M.**, 23. Aug. Der bereits vor einigen Monaten in Haft genommene Regierungsrat Daehn [illegible] der Regierung in Trier ist jetzt von der Besatzungsbehörde ausgewiesen worden.

**Wiesbaden**, 23. Aug. Der Kreisdelegierte hat in Geisenheim die Zahlungssperre für Notstandsarbeiter [illegible] Erwerbslose verhängt wegen angeblicher Nichteinhaltung [illegible] seitens der Notstandsarbeiter gegebenen Versprechens betreffend die Bahnüberwachung.

**Mainz**, 23. Aug. Die „Mainzer Volkszeitung" ist auf drei Monate verboten worden.

**Leipzig**, 23. August. Vor dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts beginnt heute der Landesverratsprozeß gegen den 31 Jahre alten Berliner Schriftsteller Walter [illegible] der sich seit 24. März in Untersuchungshaft befindet. [illegible] der Anklage soll Oehme im Jahre 1921 und 1922 in [illegible] gesetzter Handlung Nachrichten, die im Interesse des Deutschen Reiches vertraulich und geheim zu halten waren, an ausländische Regierungen bezw. Vertrauensleute ausländischer Regierungen mitgeteilt und dadurch die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet habe. Zu der Verhandlung, die einige Tage in Anspruch nehmen dürfte, sind 15 Zeugen geladen, sowie Sachverständige des Auswärtigen Amts und des Reichswehrministeriums.

**Leipzig**, 23. Aug. In dem Landesverratsprozeß Oehme ist auf Antrag des Reichsanwalts die Oeffentlichkeit für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen worden. Sämtliche Zeugen und Sachverständigen wurden verpflichtet, über die Verhandlungen Schweigen zu bewahren.

**Berlin**, 23. Aug. Die heutige Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages hatte die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands zum Gegenstand. Der Vorsitzende, Abgeordneter Heymann, (Soz.) wies auf die große Bedeutung dieser Materie hin, deren Gesamtkomplex

---

# Magnus Wörland und seine Erben

Roman von Günther von Hohenfels

Der einzige, der fast täglich einmal vorsprach, war Justizrat Schumann.

Der Seelenhausarzt, so nannte ihn Wörland mit wehmütigem Scherz!

Sie saßen wieder einmal einander gegenüber.

„Wörland, Sie machen ein freudigeres Gesicht — gute Nachricht?"

„Magna hat geschrieben."

„Nun?"

„Ach, wäre doch der Zweifel von meiner Seele genommen — es klingt so gut, was [illegible]

„So zweifeln Sie nicht."

Wörland schritt auf und nieder.

„Justizrat — sie haben gearbeitet drüben —"

„Natürlich — —"

„Sie schickt mir einen ausführlichen Bericht — Magnus hat ihn geschrieben, wenn sie auch nichts davon erwähnt, ich kenne seine Handschrift. Klug! Sehr geschickt! Wirklich. Sie haben drüben Verbindungen gesucht, das ganze Land bereist, sie haben durch einen höheren Regierungsbeamten manches erreicht, lesen Sie selbst."

Er gab den Brief, es war ein umfangreiches Paket, zwei getrennte Aktenstücke.

„Plan zu einer Besiedlung im Rio Negrogebiet durch deutsche Ansiedler.

Die Regierung ist bereit, ein großes Areal in der Gegend des Rio Negro für eine deutsche Kolonie zur Verfügung zu stellen. Der Preis beträgt etwa eine Million Peso, den Hektar zu zwölf Peso gerechnet. Das wären allerdings nach dem jetzigen Kurs viele Millionen. Aber der Staat ist bereit, um diese Gebiete der Ansiedlung zu erschließen, wenn eine kapitalkräftige Gesellschaft, etwa unter Leitung der Reederei Wörland an die Spitze tritt, das Kaufgeld zu stunden und eine längere Reihe von Jahren mit den Zinsen vorlieb zu nehmen.

Die Gegend ist vorzüglich, gute Weiden für Viehzucht im großen, Wein und Obst gedeihen, das gemäßigte Klima läßt alle Feldfrüchte der gemäßigten Zone zu. Der Rio Negro ist schiffbar, eine Eisenbahn führt nach dem Hafen Bahia Blanca.

Wenn wir das Kapital einschließen, das die Anlage von Wohnstätten und Maschinen erfordert, und die Auswanderung in richtige Bahnen lenken, könnten hier Tausende von notleidenden Deutschen eine neue Heimat finden. Für den einzelnen ist jetzt die Auswanderung schwer, das erforderliche Kapital zu groß. Für Kaufleute wenig Aussicht, für Handwerker schwer, weil die einheimischen Kräfte billiger und anspruchsloser arbeiten. Aber der Landwirt hat gute Aussichten — zumal im Großbetrieb."

Es folgten genaue Daten, Pläne der Kolonie, Berechnungen, überall waren in den beigelegten Schriftstücken der Regierung, der Konsulate und der Privatbesitzer, die benachbart waren und Gutachten abgaben, erwähnt: „Bezugnehmend auf die Vorschläge des Herrn Magnus Wörland junior."

Der Justizrat sah auf.

„Was habe ich gesagt — er macht sich — er macht sich — —"

„Und doch — es ist auf Lügen aufgebaut — wie kann —"

„Wörland, nun seien Sie kein Kind. Uebrigens ist es nicht alles — es scheint — daß er den Süden bereist hat und Magna den Norden des Landes, sie schreiben ja von Persönlichem fast gar nichts — —"

„Aber warum?"

Wörland lief auf und nieder —

„Ich habe es ihnen verboten!"

„Rabenvater —"

„Sie verstehen mich nicht, — und — in unserer Sache haben wir nichts erreicht! Ein halbes Jahr und nichts, gar nichts! Niedergeschlagen ist die Sache! Niedergeschlagen wegen Mangel an Beweisen — das ist nichts! Nicht sehen lassen kann er sich in Deutschland — schämen müßte ich mich vor der argentinischen Regierung, wenn man drüben ahnte, in welchem Verdacht der Juniorchef steht. Nicht einmal freuen kann ich mich!"

Der Justizrat nahm das andere Aktenstück.

„Schiffahrtsgesellschaft auf dem Parana zur weiteren Erschließung der Holzschätze des Gran Chaco."

„Das hat Magna verhandelt —"

„Unter gewissen Voraussetzungen würde die argentinische Regierung eine Anzahl der Schiffe der Wörland-Linie, die seinerzeit beschlagnahmt wurden, freigeben, wenn diese ausschließlich für den Verkehr zwischen Argentinien und Europa und gleichzeitig für die Beschiffung des Parana verwandt würden. Der ungeheure Reichtum des Gran Chaco an harten Edelhölzern, die Möglichkeit, durch geschickte Kolonisation die geordneten Teile der Kultur dienstbar zu machen, die Breite des Parana, an dessen Ufern das fünfhunderttausend Quadratkilometer große Waldgebiet beginnt, beweist, daß dies kein Land für deutsche Einzelansiedler, sondern für Großunternehmungen mit einheimischen, klimagewohnten Arbeitern ist. Die Schiffe müßten vorläufig unter argentinischer Flagge segeln, könnten auch dem Auswandererverkehr dienen —"

„Eine jedenfalls tausendmal bessere Sache, als beweist der amerikanische Schwindelplan!"

„Sicher, und über die Flagge würde sich reden lassen. Schumann, das könnte ein neuer Aufschwung sein, beides vereinen, ein Konsortium, an der Spitze Wörland, die Speicher wieder voll, wir brauchen das gute Holz, es scheint der argentinischen Regierung an unserem Absatzgebiet zu liegen. Warum auch nicht, sie waren auch während des Krieges nicht deutschfeindlich, bis auf einige Hetzer; es wäre Arbeit, und Arbeit ist Leben."

„Das Richtigste wäre, Sie reisten mit dem nächsten Schiff nach Buenos Aires."

„Wäre es! Wäre es! Natürlich! Und wohl würde ich mir Ruhe."

„Also!"

Er war sehr lebhaft geworden und seine Augen glänzten; jetzt wurde er wieder bitter. (Forts. folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wurzeln des staatlichen Seins beträgen. Alsdann entschuldigte der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding den Reichskanzler, der durch dringende Geschäfte verhindert sei, in der Sitzung die beabsichtigten Ausführungen zu machen. Der Minister ging alsdann auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches ein. Das Kabinett habe die Geschäfte in ernster Situation übernommen, die nicht nur politisch und sozial außerordentlich ernst gewesen sei, sondern auch vom finanziellen Standpunkt aus fast verzweifelt angesehen werden müsse. Die außerordentliche Erregung und Gärung während der letzten Zeit des Kabinetts Cuno war eine Folge der plötzlich rapid weiterschreitenden Dollarsteigerung, die sich in außerordentlich starken Lohnbewegungen auswirkte und zu einer Steigerung der Preise vieler Rohprodukte, auch der Lebensmittel über das Weltmarktniveau hinausführte, sodaß die größte Gefahr bestand, daß der Export stocken und eine allgemeine Wirtschaftskrisis eintreten werde.

**Berlin**, 23. Aug. Reichskanzler Dr. Stresemann wird bei der Gelegenheit eines Frühstücks, zu dem er von der deutschen Industrie und dem Handel eingeladen worden ist, morgen nachmittag eine Rede über das Reparationsproblem halten.

**Berlin**, 23. Aug. Das Reichskabinett wird heute abend in einer Sitzung über die Notverordnung endgültig beschließen. Die Verordnung wird dann sofort dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vorgelegt werden und unverzüglich in Kraft treten. Laut „Vossischer Ztg." wird in der Kabinettssitzung auch das Verhältnis zwischen Reichsregierung und Reichsbankleitung geklärt werden.

**Berlin**, 23. Aug. Von gewisser Seite wird versucht, in die Bevölkerung des Ruhrgebiets dadurch neue Beunruhigung hineinzutragen, daß den Angehörigen der im unbesetzten Deutschland befindlichen Ruhrkinder von Zeit zu Zeit Mitteilungen über einen angeblich beabsichtigten Abtransport ihrer Kinder nach Rußland zugehen. Dies sind gewissenlose Lügen, um die Bevölkerung mit allen Mitteln zur Verzweiflung zu treiben.

**Bern**, 23. Aug. Der „Bund" schreibt, die französische Note eröffne, wie sehr sie auch an den Grundlagen der bisherigen Auffassung festhalte, immerhin die Möglichkeit der Verständigung. Es ist Frankreich darum zu tun, möglichst rasch entschädigt zu werden, und es beharrt auf seinem Standpunkt, erst Reparationen, dann Tilgung der eigenen Schuldverpflichtungen. Einen Schritt nach vorwärts bedeutet jedenfalls die Bereitschaft die Zahlungsfähigkeit Deutschlands periodisch abzuschätzen. An diesem Punkte werden die freundschaftlichen Beratungen unter den Alliierten, wie die Note sagt, einsetzen müssen.

**Berlin**, 23. Aug. Für die Zeit vom 25.—31. Aug. einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 87 189 900 v. H. — Da der Viehauftrieb auf dem Berliner Zentralviehhof in der letzten Zeit sehr nachgelassen hatte, ist man zur Einfuhr von lebendem Vieh aus Argentinien geschritten. Von dem ersten Transport wurden heute einige Rinder zum Verkauf gestellt. Bei einer Besserung der Valutaverhältnisse dürfte die Einfuhr weiter ausgedehnt werden. — Aus dem Empfangsraum der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Charlottenburg wurde gestern von einem Manne, der den Angestellten erklärte, daß er große Aufträge zu übergeben habe, eine kostbare Vase gestohlen, als sich der Fremde allein im Empfangsraum befand. — Der Dollar notierte am Donnerstag in Berlin 5 067 300 G., 5 092 700 Br., in Zürich 5 371 359 Mk. (Mittelkurs).

**Pisa**, 23. Aug. Hier ist das für Argentinien bestimmte Wasserflugzeug unter Führung des Argentiniers Miguel Palacio mit dem deutschen Mechaniker Tomberk, dem argentinischen Leutnant Tanni und dem Piloten Meyer an Bord während eines Probefluges über den Klippen abgestürzt. Der Apparat ist fast ganz gesunken. Palacio ist schwer verletzt. Die drei Insassen sind ertrunken. Die Leichen des Leutnants Tanni und des Piloten Meyer, eines ehemaligen deutschen Offiziers, sind geborgen worden.

**Rom**, 23. August. Nach Auffassung des „Giornale d'Italia" kann man in Italien mit der französischen Note nur einverstanden sein. „Idea Nationale" findet jedoch, daß Italien bei einer Zahlung von 26 Goldmarkmilliarden an Frankreich zu kurz käme. Die Kritik des Blattes wendet sich besonders dagegen, daß Italien bei den Kontrollmaßnahmen überhaupt nicht genannt wird. Es fragt, ob Frankreich am Rhein das Prestigespiel wiederholen wolle, dessen Opfer Italien an Donau und Adria geworden ist. Durch die vorgesehenen Räumungsbedingungen werde die Ruhrbesetzung auf 50 Jahre ausgedehnt, wenn nicht gar verewigt. Die Ruhrbesetzung selbst sei eine Kriegsmaßnahme, die außerhalb des Versailler Vertrages stehe und den anderen Alliierten das Recht gebe, selbstständig zu handeln. Auch „Corriere Italia", der sich diesen Ausführungen anschließt, hält die Einführung des Rheinstaates für ein gefährliches Experiment.

**Paris**, 23. August. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel hat im Laufe des gestrigen Ministerrates Ministerpräsident Theunis mitgeteilt, daß die Aufnahme einer Anleihe von 400 Millionen Francs abgeschlossen sei. Die Anleihe werde für 20 Jahre kontrahiert. Die Rückzahlung beginne in 5 Jahren. Der Zinssatz betrage 6½ Prozent, der Ausgabekurs 98 Prozent.

**Paris**, 23. August. Nach einer Blättermeldung aus Madrid hat das Kriegsministerium einen amtlichen Bericht veröffentlicht, in dem es heißt: Die Stellung von Tisar Monin, die von den Riffleuten umzingelt war, ist nach heftigem Kampfe befreit worden. Die spanischen Verluste betragen 4 Offiziere und 42 spanische Soldaten, sowie 36 eingeborene Soldaten tot oder verwundet.

### Eine Rede des Reichsfinanzministers.

**Berlin**, 23. Aug. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags sprach Reichsfinanzminister Dr. Hilferding über die finanzpolitische Lage des Reichs. Eingangs entschuldigte er den Reichskanzler Dr. Stresemann, der wegen dringender Geschäfte unabkömmlich sei und nicht in der Sitzung die Ausführungen machen könnte, wie es ursprünglich seine Absicht gewesen sei. Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte Dr. Hilferding: Die außerordentliche Erregung und die Gährung, die in der letzten Zeit des Kabinetts Cuno die Massen ergriffen hat und die die Folge der plötzlichen rapid fortschreitenden Dollarsteigerung gewesen ist, hat unsere ganze Finanzverwaltung in eine geradezu furchtbare Verwirrung gebracht. Eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung ist es, durch die energischsten Maßnahmen **zu einer gewissen Grundlage der Finanzpolitik überhaupt zurückkehren zu können.** Die Erregung hat sich in einer außerordentlich starken Lohnbewegung ausgewirkt, die trotz ihrer Höhe nur eine gewisse Anpassung an die Preise gebracht hat. Als die Lohnerhöhungen festgesetzt wurden, konnte die Unternehmerschaft mit einem Dollar kalkulieren, der sich damals zwischen 5 und 6 Millionen bewegte, und von dem man annehmen konnte, daß er in den nächsten Tagen noch weit höher gehen würde. Als sodann in den nächsten Tagen eine gewisse Beruhigung einsetzte und der Dollar auf 3 Millionen zurückging, hatten **in vielen wichtigen Gewerben die Löhne bereits den Friedensstand erreicht oder waren über dem Friedensstande.** Auch die Preise für wichtige Rohprodukte und Lebensmittel lagen über dem Weltmarktpreis, so daß die größte Gefahr bestand, daß der Export stocken und als Folge davon eine allgemeine Wirtschaftskrise eintreten würde. Daneben besteht eine ungeheure Verwirrung auf dem Devisenmarkt. Für die Finanzverwaltung hatte dies zur Folge, daß sie ebenfalls zu Lohn- und Gehaltserhöhungen schreiten mußte, was für die Ausgabewirtschaft des Reiches stark ins Gewicht fiel. Wir sind heute in der Situation, daß wir nicht nur für die Ausgaben des Reiches aufkommen, daß wir nicht nur das kolossale Defizit des Reiches decken müssen, sondern daß wir auch in die Zwangslage gebracht worden sind, die verschiedenen finanziellen Lasten der Länder und Gemeinden zu decken, und zwar nicht nur in dem Ausmaß, das dem Finanzausgleichgesetz entspricht. Praktisch ist die Sache vielmehr heute so, daß wir das gesamte Defizit der Länder und zum größten Teil auch der Kommunen auf das Reich übernehmen müssen, wenn nicht der Zusammenbruch der gesamten Verwaltung eintreten soll. Ebenso fallen alle gemeinnützigen Anstalten usw. mit ihrem Defizit dem Reich zur Last. Reichsfinanzminister Dr. Hilferding erinnert dann an die Folgen der Einführung eines Einheitskurses für die ausländischen Devisen und an die Diskrepanz zwischen dem rein nominellen Inlands- und dem tatsächlichen Auslandskurs der Mark. Damit sei eine außerordentlich große Gefahr für die Industrie entstanden, weil sie nicht mehr wußte, in welchem Ausmaß sie die unbedingt notwendigen Devisen beschaffen konnte. Dann ist der Einheitskurs plötzlich wieder beseitigt worden, ohne daß entsprechende Maßregeln getroffen wurden, um die Wirkung dieser plötzlichen Aufhebung halbwegs auszugleichen. Das war einer der Gründe für das plötzliche Hinaufschnellen des Dollars. Dies hatte wieder zur Folge, daß die zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel nicht mehr ausreichten, so daß eine Banknotenknappheit eintrat. Diese erzeugte eine außerordentliche Panik und führte dazu, daß wir **die ersten Erscheinungen einer Zurückweisung der Mark** beobachten mußten. Die Mark wurde allgemein nicht mehr als Zahlungsmittel genommen. Insbesondere die Landwirtschaft und im Anschluß daran gewisse Kreise des Einzelhandels begannen den Verkauf gegen Mark einzustellen. Dies in Verbindung mit der Verknappung an Banknoten hat diese ungeheure soziale Gährung erzeugt. Als ein Hilfsmittel gegen die Banknotenknappheit wurde die Ausgabe von Notgeld gewährt. Das Notgeld wurde aber in der Folgezeit gar nicht mehr mit Genehmigung der Reichsbank ausgegeben. Mit der Reichsbank wurde gar nicht mehr darüber verhandelt, ob das ausgegebene Notgeld wieder eingelöst wird. Zahlreiche Privatbetriebe gingen dazu über, völlig ungesetzliches und unfundiertes Lohngeld auszugeben. Die Größe der Ausgabe dieses Notgeldes ist unübersehbar. Sie geht in viele Billionen und hat die Inflation außerordentlich gesteigert und große Unsicherheit erzeugt, ein Zustand, der, solange er andauert, jede Währungspolitik auch schon rein technisch unmöglich macht. Hier sind wir geradezu in anarchistische Zustände hineingekommen. Es ist Aufgabe der Reichsregierung, hier für Abhilfe zu sorgen. Das Problem ist im besetzten Gebiet besonders schwer, aber im unbesetzten Gebiet muß diese ungeregelte Notgeldausgabe möglichst rasch beseitigt werden und die Noten müssen wieder zur Einlösung gelangen.

Die andere Seite der finanziellen Inflation ist die Hoffnung, daß durch die starke Anspannung der Steuerschraube es gelingen würde, ein gewisses Gleichgewicht des Budgets herzustellen, so schwer die Steuern auch sind. Die Ausgaben des Reiches und die Folgen der soeben geschilderten Entwicklung sind noch derart, daß wir zunächst nicht in der Lage sind, den ganzen Betrag der Ausgaben zu decken. Ueber das Ergebnis der **Goldanleihezeichnung** läßt sich im Augenblick noch nichts sagen. Jedenfalls ist ein besseres Resultat zu erwarten als bei der Dollarschatzanweisung. Trotzdem ist unsere finanzielle Situation außerordentlich ernst. Die Ausgaben sind ins Gigantische gewachsen und es ist die Frage, welche Mittel man noch ergreifen kann, um endlich zu einer außerordentlich starken Einschränkung, womöglich vollständigen Beseitigung der Inflation zu gelangen. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben. **Die Inflation geht so wie bisher aus sozialen und finanziellen Gründen nicht weiter.** Die Kreise, die bisher im wesentlichen die Inflationssteuer getragen haben, sind heute schon vollständig expropriiert. Der Mittelstand kann nicht mehr weiter expropriiert werden. Bei der Arbeiterschaft ist die Sache so, daß, wenn der Dollar rasch hinaufgeht, die Löhne ohnehin an der Grenze des Existenzminimums sind. Dasselbe gilt **in noch bedeutend schärferem Maße für die ganze mittlere Angestellten- und Beamtenschaft.** Hier ist eine weitere Inflationssteuerung nicht mehr möglich. **Die Umstellung der ganzen Wirtschaft auf Gold**, die rapid vor sich gegangen ist, hat diese Kreise vor weiterer Geldentwertung geschützt. Die Inflation hat wie ein Fieberanfall gewirkt, und eine Wiederholung muß unter allen Umständen verhindert werden, da sie tötlich werden könnte.

Die Reichsfinanzen weisen **fünf große Defizitquellen** auf. Die erste ist die Ausführung des Friedensvertrages. Noch im Januar hat sie die Summe von 450 Milliarden Mark erfordert. Im Juli stieg diese Summe schon auf 4 Billionen Mark und im August ist mit einer Vervierfachung dieser Summe zu rechnen. Der finanzielle Effekt der von der Regierung Cuno vorgenommenen Einstellung der Sachlieferungen ist nicht allzu groß, weil keine große Anzahl von Verträgen geschlossen worden sind und wir in die bestehenden Verträge nicht eingreifen können. Das Reichsfinanzministerium wird in eine Besprechung darüber eintreten, ob bei der weiteren Ausführung dieser Verträge, die das Reich außerordentlich belasten, auch für die Steuer etwas zu gewinnen ist, indem eine Nachprüfung der Preise und Gewinne für das Reich fruchtbar gemacht werden könnte. Ganz außerordentlich ist der Bedarf der Betriebsverwaltungen. Ich habe bisher immer den Standpunkt vertreten, daß die Eisenbahnverwaltung ihre Tarife viel zu spät und immer nur ganz ungenügend an die Geldentwertung angepaßt hat. Will man die Eisenbahn nach den Grundsätzen der Privatbetriebe verwalten, so kann man von der Eisenbahn unmöglich verlangen, daß sie den Transport der Güter und Personen unter den Selbstkosten durchführt. Es bedeutet dies nicht nur eine schwere Schädigung der Reichsfinanzen, sondern eine ungerechtfertigte Bevorzugung eines Teiles der privaten Interessen. Das entstandene Defizit übertrifft bei weitem das der übrigen Staatsverwaltungen. Endlich, am 20. August, ist die Reichsbahn dazu übergegangen, ihre Tarife halbwegs der Geldentwertung anzupassen. Eine vollständige Anpassung ist es nicht, und es ist sehr bedauerlich, daß trotz der starken Erhöhung der Tarife zunächst noch mit einem Defizit gerechnet werden muß, das sich für den Rest des Rechnungsjahres noch auf 450 Billionen Mark belaufen wird. Für die Eisenbahn ist die Ruhraktion etwas ganz außerordentlich hartes, weil gerade aus dem Ruhrgebiet der Hauptüberschuß der Eisenbahnen in Friedenszeiten immer gekommen ist. Wir haben also ein Defizit der Betriebsverwaltung zu erwarten. Das ist außerordentlich bedenklich, und es wird zu prüfen sein, ob es möglich ist, mit den **Tarifen wieder zurückzubleiben.** Als Finanzminister muß ich den Standpunkt vertreten, daß die Eisenbahn einen großen Teil des ordentlichen Haushalts selbst decken muß. Eine vollständige Deckung ist nicht möglich, solange die Ruhraktion andauert. Die Kosten der Ruhraktion sind überhaupt derart, daß **die Lösung unserer Finanzfrage vor allem eine außenpolitische Frage** ist, so daß mit dem Mittel der Besteuerung und auch mit der Anleihe hier eine definitive Lösung nicht zu erwarten ist.

Die dritte Defizitquelle sind die Zuschüsse an die Länder und an die Gemeinden. Auch hier sind infolge der letzten Erhöhungen ganz kolossale Ausgaben entstanden. Ein weiterer Defizitposten entstand durch die Ernährungswirtschaft des Reiches. Ich möchte nicht detaillieren, möchte aber sagen, daß wir insbesondere für die Einfuhr von Kohle und für die Ernährungswirtschaft Devisenbeträge brauchen, die auch in Goldmillionen umgerechnet, nicht unbeträchtlich sind. Zusammenfassend ist unsere Situation so, daß **trotz der neuen Steuern ein sehr starker Fehlbetrag des Reiches vorhanden** ist und darüber muß man sich unbedingt klar sein, daß man in unserer jetzigen Situation keine weiteren Steuern mehr aufbauen, aber auch keine Steuern herabmindern kann. Ebenso richtig ist es, daß überhaupt die ganze Komprimierung einiger Steuern auf einen einzigen Monat wirtschaftlich große Schwierigkeiten verursachen kann. Aber wir sind heute in keiner geringeren Zwangslage als damals, als wir diese Steuern beschlossen haben. Wir konnten uns nicht anders helfen, wir mußten diese Sachen zusammenlegen und zusammenziehen. In dieser Situation war es vom währungspolitischen Standpunkt aus von Vorteil, weil wir eine Geldverknappung brauchen. Ich wünsche eine gewisse Verknappung des Geldmarktes, um einen gewissen Druck auf die Wirtschaft auszuüben, damit sie gezwungen ist, einmal ihre Warenvorräte zu verringern und zum anderen aus ihren Devisen und ausländischen Effekten herauszugehen, so daß diese in die Hände des Reiches kommen und damit der Ankauf von Devisen gehemmt wird. In einer solchen Situation wird es möglich sein, die Herrschaft über den Devisenmarkt wieder zu gewinnen. Das muß aber das Ziel unserer nächsten Aktion sein. **Wir können ohne Beherrschung des Dollarkurses keine Politik treiben.** Man kann keine Kohlenpreispolitik treiben und den Kohlenpreis vernünftig festsetzen, wenn der Dollar jeden Tag um 100 oder sogar 200 Prozent hinaufgeht. Es ist gar kein Zweifel, daß nichts die Außenpolitik des Reiches schwieriger macht als die Erwartung, daß die Zeit gegen Deutschland arbeitet, daß es ohnedies zu einem Zusammenbruch kommen muß und daß man infolgedessen nur abzuwarten braucht, bis Deutschland kapituliert habe. Deshalb brauchen wir als Grundlage der Außenpolitik eine Beherrschung des Devisenmarktes, um unserer Währung Herr zu werden. Unsere ganze Politik ist ja heute nichts anderes als eine Funktion des Dollarkurses geradezu in mathematischem Sinn. Deshalb ist es **erforderlich, einmal die Grenzen durch eine brutale Steuerpolitik zu ziehen.** Die wirtschaftspolitischen Bedingungen und Forderungen müssen jetzt hinter die währungspolitischen Notwendigkeiten zurückgestellt werden. Diese ganze Politik kann ich nur schaffen, wenn ich den für die Beherrschung des Devisenmarktes notwendigen Devisenfonds zur Verfügung bekomme. Wenn die Wirtschaft einsieht, daß es sich um ihre eigene Existenz und schließlich um die des Reiches handelt, und daß sie deswegen das Aeußerste daransetzen muß, um dem Reich jetzt die notwendigen Devisen zur Verfügung zu stellen. Deshalb hat die neue Regierung es als eine ihrer ersten Aufgaben betrachtet, in diesem Sinn mit den Wirtschaftskreisen Fühlung zu nehmen.

**Die Wirtschaftskreise haben bis jetzt erklärt, daß sie die Regierung unterstützen werden, weil sie einsehen, daß diese Regierung im Grunde genommen, die letzte politische Reserve ist, über die heute Deutschland verfügt.** Aus den Kreisen der Wirtschaft ist uns gesagt worden, daß es mit der Freiwilligkeit nicht geht. Man brauche Zwangsmittel gegen diejenigen, die noch immer nicht die Not des Reiches verstehen und die noch immer nicht begreifen, daß zwischen Politik und Wirtschaft auf die Dauer kein Widerspruch sein darf. Gegen diejenigen, die das immer noch nicht begriffen haben, brauche man also Zwangsmaßnahmen. Der Vorschlag bewegt sich in folgenden Linien: Wir gehen davon aus, daß von je 10 000 Mark, die auf die erste Rate der Brotverbilligung bezahlt worden sind, ein Betrag von 1 Mark Gold bis zum 25. Dezember abgeliefert wird. Wird der betreffende Betrag an Devisen nicht abgeliefert, so ist unter Eid zu versichern, daß ein ausreichender Betrag an Devisen nicht vorhanden war, wobei **die eidesstattliche Versicherung unter der Zuchthausstrafe für Meineid steht und unter Konfiskation des Vermögens.** Als Gegenmaß für die Devisen werden nach Wahl der Ablieferer entweder Goldanleihe oder eine Ueberschreibung auf ein Goldkonto in Erwägung gezogen und in dem Fall, wo tatsächlich nachgewiesen wird, daß eine Devisenzahlung nicht möglich war, wird die Zahlung eventuell auch in Papiermark entsprechend dem Goldwert angenommen.

Zum Schluß noch kurz ein Wort über die Reichsbankpolitik, deren schleunige Aenderung wir brauchen, in dem Sinn, des Uebergangs der Reichsbank zur wertbeständigen Kreditgebahrung auf der einen Seite und zur Eröffnung von Goldkonten auf der anderen Seite. Daß für die Landwirtschaft wertbeständige Reserven notwendig sind, darüber ist kein Zweifel, aber die Wirtschaft hatte bisher keine Gelegenheit, sich wertbeständig zu sichern außer, indem sie in die Waren ging, also ihre Vorräte über das sonst volkswirtschaftliche und privatwirtschaftliche Maß vermehrte oder aber, indem sie eben Devisen anschaffte. Dieser Mangel an Möglichkeit, sich wertbeständig zu sichern, muß endlich beseitigt werden, durch **Aenderung der Reichsbankpolitik** muß dahin gewirkt werden, daß diejenigen, die nicht fortgesetzt unmittelbar Devisen brauchen, nicht gezwungen sind, aus privatwirtschaftlichen Gründen gegen das volkswirtschaftliche Interesse sich Devisen anzuschaffen, und überhaupt ist es notwendig, daß innerhalb der Regierung ein enges Zusammenarbeiten der Ressorts stattfinden muß. Sonst ist es überhaupt unmöglich, irgend eine Politik zu treiben. Wenn ich zusammenfassen darf: Die Finanzlage ist außerordentlich ernst, gewaltiger Anstrengungen wird es bedürfen, um eine Verschlechterung zu verhüten, um eine Verbesserung durchzusetzen. Deshalb müsse alle egoistischen Rücksichten, alle Rücksichten auf die Privatinteressen in der nächsten Zeit einmal ausgeschaltet werden. Wir müssen zunächst durch eine Sanierung der Finanzen, durch eine Besserung unserer Währungsverhältnisse dazu gelangen, daß wir wieder festen Boden unter den Füßen bekommen, auf dem überhaupt eine Politik möglich ist. Aufgabe dieser Politik wird es sein, das Werk, das wir mit diesen Vorbereitungen beginnen, schließlich zu einem gedeihlichen Ende zu führen. **(Beifall.)**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

**Finanzamt Neuenbürg.**

# Bekanntmachung

## betreffend monatliche Umsatzsteuer-Vorauszahlungen.

Der Reichsminister der Finanzen hat auf Grund des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 verordnet, daß die Umsatzsteuer in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen ist. Hiernach ist die Umsatzsteuer für die in einem Monat getätigten Umsätze bis zum 10. des folgenden Monats unter gleichzeitiger Abgabe einer Voranmeldung zu zahlen. Für den Monat August ist es den Steuerpflichtigen nachgelassen, die auf die Juliumsätze geschuldete Umsatzsteuer **bis zum 15. August** zu zahlen. Leistet der Steuerpflichtige bis zum Ablauf der Frist die Abschlagszahlung nicht, so setzt die Steuerstelle den zu zahlenden Betrag fest. **Die nicht pünktliche Leistung der Abschlagszahlung wird einen der Geldentwertung angepaßten sehr erheblichen Zuschlag zur Folge haben. Falls bei der nach Abschluß des Steuerabschnitts erfolgenden Veranlagung eine Umsatzsteuer festgesetzt wird, die den Gesamtbetrag der Abschlagszahlungen um mehr als 20 v. H. überschreitet, so wird die Steuer künftig nicht wie bisher nur um 10 v. H. des überschießenden Betrages, sondern um einen viel höheren vom Reichsminister der Finanzen der Geldentwertung angepaßten Hundertsatz erhöht werden.** Für Steuerpflichtige, deren Umsätze im Kalenderjahr 1922 nach ihrer Erklärung oder, falls eine Veranlagung bereits erfolgt ist, nach dieser den Betrag von 1,5 Millionen Mark nicht überstiegen haben, bewendet es bei der vierteljährlichen Zahlung.

Die gleiche Regelung gilt für alle diejenigen, die die Holzverkaufsabgabe auf Grund des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse zu zahlen haben.

Das Finanzamt ist angewiesen worden, **gegen säumige Zahler mit allem Nachdruck vorzugehen. Jeder Steuerpflichtige handelt daher im eigenen Interesse, wenn er seine Zahlungen pünktlich leistet.**

**Neuenbürg,** 21. August 1923.

Mangold.

---

**Langenbrand.**

Der

# Viehmarkt

am **Montag, den 27. August,** findet statt unter Einhaltung der seitherigen seuchenpolizeilichen Vorschriften.

**Schultheißenamt.**

---

**Gräfenhausen.**

# Stammholz-Verkauf.

Aus dem hiesigen Gemeindewald kommt zum Verkauf:

**100 Stück Tannen mit 56 Fm.**

Die schriftlichen und verschlossenen Angebote nach den Landesgrundpreisen vom November 1922 wollen spätestens

**am 30. ds. Mts., nachm. 5 Uhr,**

beim Schultheißenamt eingereicht werden.

Den 22. August 1923.

**Schultheißenamt.**

---

# Achtung!

Es ist dringend notwendig, daß alle, die Weizen bestellt haben, bis längstens **Samstag, den 25. d. Mts.,** größere **Anzahlungen** machen, da sonst solche nicht berücksichtigt werden können.

**Sonnenmühle, Birkenfeld,**
Telefon 5.

---

# Gebühren der Kaminfeger.

Zu den in der oberamtlichen Bekanntmachung vom 10. Juli 1923 („Enztäler" Nr. 160) veröffentlichten Gebührensätzen wird laut Bekanntmachung der Min.-Abt. f. d. Hochbauwesen vom 20. 8. 23 („Staatsanz." Nr. 194) mit Wirkung **vom 20. August 1923 an ein Zuschlag von 7400 v. H.** erhoben.

**Neuenbürg,** den 22. August 1923.

**Oberamt:**
Amtmann Heckel.

---

**Neuenbürg,** den 23. August 1923.

## Todes-Anzeige.

Unsere liebe treubesorgte Gattin, Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Marie Kainer**

wurde heute früh im Alter von 63 Jahren von ihrem schweren mit großer Geduld ertragenen Leiden durch einen sanften Tod in die ewige Heimat abgerufen.

In tiefem Schmerz:

Der Gatte: **Alois Kainer,**
Die Kinder: **Hermann Kainer** m. Frau u. Kind,
**Franz Kainer** mit Frau und Kind.

Beerdigung Samstag nachmittag 2 Uhr.

---

Neuenbürg.

Der Unterzeichnete versteigert am **Montag, 27. August,** nachmittags 6 Uhr den

# Oehmdertrag

(2 Morgen) Reutwiese.

**Burghard** zum „Bären".

---

Gräfenhausen.

Verkauf am **Dienstag, den 28. Aug. nachm. 3 Uhr** im Auftrag den

# Oehmdertrag

von etwa 71 Ar ewiger Klee und Gras. Zusammenkunft nachm. 3 Uhr beim Rathaus.

**Robert Fieß,** Baumwart.

---

Neuenbürg.

# Tafel- und Backobst

kauft jedes Quantum

**Chr. Mayer,** Bäckerei.

---

Birkenfeld.

# Verlaufen

hat sich meine

**Dobermann-Hündin,**

schwarz mit rostbraun, trächtig, auf den Namen „Liesel" gehend.

Abzugeben gegen Belohnung bei

**Christian Strohäcker.**

Vor Ankauf wird strengstens gewarnt!

---

Neuenbürg.

# Kleider-Schrank,

lack., gut erhalten zu verkaufen **Wildbaderstr. 149** part.

---

Obernhausen.

Ein gebrauchtes, guterhaltenes

# Fahrrad

ist zu verkaufen.

Zu erfragen in der „Enztäler"-Geschäftsstelle.

---

# Preiswert zu verkaufen:

1 sehr schönes, helleichenes **Schlafzimmer** mit echtem Marmor, Schrank 1,30 breit, 1 sehr schönes **Schlafzimmer,** ungarisch-eschen gestrichen, Schrank 3teilig, 1,80 breit, alles mit oder ohne Rost und Matratzen, 1 Paar **Roßhaarmatratzen, verschiedene Schränke, Küchen-Büffet, Küche, Sofas, neue und gebrauchte Stühle u. anderes.**

**Schöttle, Pforzheim,**
Dillsteinerstraße 18,
Telefon 2165.

---

# Wiegekarten

mit und ohne Ueberblatt liefert preiswert

**C. Meeh'sche Buchdruckerei,**
Inh. D. Strom.

---

**Forstamt Hirsau.**

# Schicht-Nutz-Holz-Verkauf.

Am **Donnerstag, den 30. August, nachm. 4 Uhr** in Hirsau im „Löwen" aus Staatswald Miß und Kohlplatte: Fo. Roller unentrindet 48 Rm. 2 Mtr. lang, 23 Rm. 1 Mtr lg.

Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. H. Stuttgart.

---

Nach Karlsruhe wird ein braves

# Alleinmädchen

zu 2—3 Pers. zum 1. Sept. oder 15. September gesucht. Gehalt nach Tarif. Schuhsohlen werden gestellt. Gute Verpflegung.

Anmeldungen an Frau **Prof. Franzen,** z. Zeit in **Herrenalb,** Hotel „Waldhorn.

---

# Radfahrer-Verein „Frisch auf" Ottenhausen.

(Mitglied des A.R.B. „Solidarität".)

## Fest-Anzeige.

**Am Sonntag, 26. August ds. Js.** hält der Verein sein

**einjähriges Stiftungsfest**

ab verbunden mit **Preis-Korso, Langsamfahren, Reigen-, Duett- u. Kunstreigenfahren.** Abends 6 Uhr **Tanz** im Lokal z. „Rößle".

Gönner und Sportsfreunde sind herzlich eingeladen.

**Der Festausschuß.**

---

# Metzger-Innung.

**Neuer Fleischpreis ab Freitag, 24. August 192**

**Ochsen- und Rindfleisch**
p. Pfd. Mk. 10000

**Kalbfleisch** „ „ „ 10000
**Schweinefleisch** „ „ „ 1000

---

## Die Postbezieher

des **„Enztäler"** werden gebeten, die Bestellung für den Monat **September 1923** an der Hand des untenstehenden Bezugsscheines rechtzeitig **zu erneuern.**

**Unfrankiert** in den nächsten Briefkasten werfen.

An die

**Postanstalt**

Ich bestelle hiermit den

**„Enztäler"**

für den

**Monat Septembe**

und bitte, den Bezugspreis durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name

Wohnort

Straße und Hausnummer

---

# VOLKSBÜHNE PFORZHEIM E. V.

**Beginn der Spielzeit 1923/24: Montag, den 3. September 1923.**

Die **Volksbühne** erstrebt die Verbreitung guter Theaterkunst unter allen Volkskreisen.

Die **Volksbühne bietet** ihren Mitgliedern:

1. **Einen vorzüglichen Spielplan auserlesener Schauspiel- und Operetten-Aufführungen** im Viktoria-Theater zu einem **Preise von weniger als der Hälfte der durchschnittlichen Kassenpreise.**
2. **Opern- und Konzert-Aufführungen** im Saalbau durch das Badische Landestheater.
3. **Erhebliche Vergünstigungen** bei künstlerischen Darbietungen verschiedener Art, z. B. 25 Prozent Ermäßigung bei den Konzerten des Orchester-Vereins.
4. Ein **Mitteilungsblatt** mit den Theaterzetteln.

Die **Volksbühne** leistet ihre Verwaltungsarbeit ehrenamtlich und **verlangt** von ihren Mitgliedern nur:

1. Eine **einmalige** Einschreibegebühr von ℳ 100 000.—.
2. Die rechtzeitige Einlösung der jeweiligen Eintritts-Karten für die bestellten Vorstellungen.

Die **bisherigen Mitglieder** erhalten für die kommende Spielzeit **neue Mitgliedskarten.**

**Die Kartenausgabe für bisherige und neueintretende Mitglieder erfolgt Freitag, 24. August, nachmittags 6—8 Uhr, Samstag 3—6 Uhr, Sonntag 11—3 Uhr im Viktoriatheater.**

Dabei ist zu entrichten: 1. Die Einschreibegebühr von ℳ 100 000.—.
2. **Ein** Vorstellungspreis der Stammgruppe zu 100 000 ℳ bei auf die **letzte** Vorstellung in voller Höhe angerechnet wird.

Es können außer der Stammgruppe und einer Nebengruppe, die verbindlich besetzt werden müssen, beliebig viele Nebengruppen besetzt werden.

Jede Gruppe umfaßt sechs Vorstellungen. Es werden außer der Stammgruppe gebildet:

a) Eine Klassiker-Gruppe,
b) Eine Kammerspiel-Gruppe (moderne Stücke),
c) Eine Operetten-Gruppe,
d) Eine Opern-Gruppe (Saalbau).

## Spiel-Plan:

**Stammgruppe: Der Schwarzkünstler** v. Gött, **Der Strom** v. Halbe, **Schneider Wibbel** v. Müller-Schlöffer, **Das Konzert** v. Bahr, **Lumpazi Vagabundus** von Nestroy, **Die Stützen der Gesellschaft** von Ibsen.

**Klassikergruppe: Weh dem, der lügt** v. Grillparzer, **Der Richter von Zalamea** von Calderon, **Egmont** v. Goethe, **Maria Magdalena** v. Hebbel, **Minna von Barnhelm** v. Lessing, **Maria Stuart** v. Schiller.

**Kammerspielgruppe: Musik** v. Wedekind, **Kain** v. Wildgans, **Der Sohn** v. Hasenclever, **Masse Mensch** v. Toller, **2×2—5** v. Wied, **Der grüne Kakadu** v. Schnitzler, **Lotichens Geburtstag** v. Thoma.

**Operettengruppe: Bruder Straubinger, Dollarprinzessin, Katja, die Tänzerin, Dorine und der Zufall, Madame Pompadour, Die tolle Lori.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw